

**Drucksache 14/3988** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dies mit Mehrheit so **angenommen**.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**7 Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen (Personaleinsatzmanagementgesetz NRW – PEMG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/3975

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurf erteile ich vonseiten der Landesregierung dem Herrn Finanzminister Linssen das Wort.

(Minister Dr. Helmut Linssen ist noch nicht anwesend.)

Er hat wohl nicht damit gerechnet, dass wir mit den letzten Tagesordnungspunkten so schnell fertig werden.

(Zurufe von der SPD: Sprachloser Finanzminister! – Peinlich! – Lasst uns doch abstimmen!)

Ich schlage vor, dass wir einen kleinen Augenblick warten. Er kommt gleich.

(Zuruf von der SPD: Landtag tagt ohne Landesregierung! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Meine Damen und Herren, der Minister ist im Haus. Er ist unverzüglich hier. Er rennt.

(Zurufe – Unruhe – Zuruf von der SPD: Sternstunde des Parlaments! – Christian Weisbrich [CDU]: Fangen wir doch schon einmal mit der Debatte an!)

– Das geht ja nicht. Das ist die Einbringung!

(Minister Dr. Helmut Linssen geht ans Redepult. – Zurufe: Aha! Hey! – Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Finanzminister: Ich hatte gerade das Essen auf dem Teller, aber ...

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat Ihnen den Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Personaleinsatzmanagements in Nordrhein-Westfalen vorgelegt.

Das Personaleinsatzmanagement ist notwendig, um die Verwaltungsstrukturreform zu unterstützen und das strukturelle Defizit des Landeshaushalts in den Griff zu bekommen. Kw-Vermerke müssen zügig und vor allem schneller als bisher abgebaut werden. Beschäftigte des Landes sollen nur dort eingesetzt werden, wo sie wirklich benötigt werden. Es ist nicht zu schaffen, den Haushalt nachhaltig zu entlasten, ohne die Personalkosten zu reduzieren. Das gilt nach wie vor – trotz der derzeit erfreulichen Einnahmesituation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich Ihnen das Instrument Personaleinsatzmanagement mit einem Blick auf die jetzige Situation unseres landesinternen Arbeitsmarkts vorzustellen. Ich denke, dann wird noch deutlicher, warum wir das Personaleinsatzmanagement, kurz PEM genannt, benötigen.

Bislang haben wir keinen landesweiten, sondern lediglich ressortbezogene Arbeitsmärkte. Einen Wechsel der Beschäftigten zwischen den Ressorts gibt es kaum, eine ressortübergreifende Transparenz fehlt, Arbeits- und Leistungspotenziale der Beschäftigten werden nicht ausgenutzt, und vor allem: Stellennachbesetzungen erfolgen meist nicht mit Beschäftigten, die in anderen Ressorts auf Stellen sitzen, die an sich überflüssig sind. Die Ressorts greifen vielmehr häufig auf den freien Markt zu. Das wollen wir nun im Interesse effektiver Haushaltskonsolidierung ändern.

Ausgangspunkt unserer Betrachtung für ein effektives Personaleinsatzmanagement ist der kw-Vermerk, also die Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers, dass ein Überhang an Personal besteht. Nun macht sich der Haushaltsgesetzgeber aber keine ins Einzelne gehenden Gedanken darüber, welche konkreten Stellen in welchen genau bestimmten Dienststellen wegfallen. Diese sogenannten Kw-Vermerke werden ganz überwiegend pauschal ausgebracht.

Als ich hier in den Landtag kam, habe ich auch ein bisschen länger gebraucht, bis ich dieses System verstanden habe. Deshalb versuche ich es noch einmal ein bisschen zu erklären.

Wollen wir nun einen Vorzieheffekt ausnutzen und nicht mehr abwarten, bis sich der kw-Vermerk durch natürliche Fluktuation erledigt hat, müssen wir genau bestimmen, wo in der Landesverwaltung zu viel Personal vorhanden ist. Die Ressorts müssen diese schwierige Aufgabe eigenverantwortlich erfüllen. Sie müssen entscheiden, ob Prozesse optimiert, einzelne Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden oder ähnliche organisatorische Entscheidungen zu treffen sind.

Ist aufgrund solcher Maßnahmen in den Dienststellen feststellbar, welche Stellen in Wegfall geraten, muss in einem zweiten Schritt ausgewählt werden, welcher Beschäftigte in der Dienststelle von einer Versetzung betroffen ist. Dabei ist zu klären, welcher Bedienstete unter Berücksichtigung von mobilitätshemmenden Faktoren durch die Versetzungsentscheidung am wenigsten stark belastet wird. Dazu, meine Damen und Herren, ist auf eine Verordnung zurückzugreifen, in der die mobilitätshemmenden Kriterien anhand eines Punkteschemas bewertet werden. Dabei berücksichtigen wir nach bisherigen Überlegungen die Beschäftigungszeit und das Lebensalter, die Unterhaltssituation, die Pflege naher Angehöriger, eine Schwerbehinderung sowie andere Faktoren.

Bestimmte Personen werden dabei von vornherein nicht in den Kreis der vergleichbaren Beschäftigten eingestellt, zum Beispiel Mitglieder der Personalvertretung oder die Gleichstellungsbeauftragte.

Spätestens dann, wenn die Beschäftigten zum PEM versetzt werden, ist zu entscheiden, wie sie weiter einzusetzen sind. Vorrang hat, die Beschäftigten auf von den Ressorts gemeldete freie Stellen zu vermitteln.

Dies hört sich einfach an, ist aber im Einzelnen nicht unproblematisch. Werden Beschäftigte des PEM vorrangig auf freie Stellen gesetzt, tritt natürlich eine Konkurrenzsituation zu den übrigen Beschäftigten der Behörde auf, die sich möglicherweise Hoffnung auf eine andere Verwendung oder gar eine Beförderung gemacht haben.

Ist mit der Stellenbesetzung eine Beförderung verbunden, finden natürlich die Grundsätze der Bestenauslese Anwendung. Bei gleicher Eignung ist aber Beschäftigten des PEM der Vorzug zu geben. Nur dann, wenn das PEM keine geeigneten Kräfte anbieten kann, darf die Stelle über den Arbeitsmarkt extern besetzt werden. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, so viel zur Besetzung von freien Stellen.

Es ist aber auch damit zu rechnen, dass gerade keine passende freie Stelle für einen Beschäftigten vorhanden ist. Festhalten möchte ich: Beschäftigungslos wird niemand. Deshalb wird es für diese Beschäftigten zeitlich befristete sogenannte Übergangseinsätze geben. Das sind Projekte der Landesregierung, die entweder kostensenkend, einnahmesteigernd oder qualitätsverbessernd sind.

Beispiele hierfür sind etwa der Einsatz als Schulassistent, um Lehrer von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, oder der Einsatz als Betreuer, um die

erheblichen Ausgaben des Landes für Betreuungen in den Griff zu bekommen. Hierzu werden mit den Ressorts intensive Gespräche geführt, damit sinnvolle Übergangseinsätze definiert werden.

Ein übergangsweiser Einsatz der Beschäftigten auf ihrem bisherigen Arbeitsplatz soll dagegen vermieden werden und kommt nur im absoluten Ausnahmefall in Betracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! All das, was ich Ihnen bislang vorgestellt habe, orientiert sich weitgehend an dem, was auch in Berlin gemacht wird. In einem ganz zentralen Punkt unterscheiden wir uns jedoch: In Nordrhein-Westfalen eröffnet das Gesetz dem Finanzministerium die Möglichkeit, Vereinbarungen mit den einzelnen Ressorts zu treffen. Über eine solche Vereinbarung kann sich ein Ressort von der Pflicht, zu personalisieren und die Stellen über das PEM zu besetzen, befreien lassen. Dies gibt es natürlich nicht umsonst. Im Gegenzug muss sich das Ressort verpflichten, die kw-Vermerke schneller zu realisieren, und – ganz wichtig – es muss verbindlich zusagen, eine bestimmte Anzahl von Beschäftigten aus dem PEM aufzunehmen.

Eine stringente Vereinbarung kann mindestens genau so viel erreichen wie das dargestellte PEM-Verfahren, das ich vorhin skizziert habe. Um eines von vornherein klarzustellen: Kommt ein Ressort seinen Pflichten nicht nach, wird es im Folgejahr keine neuen Vereinbarungen mehr geben.

Unabhängig davon, ob normales PEM-Verfahren oder Vereinbarung: Voraussetzung für einen Erfolg des Personaleinsatzmanagements ist, dass vor allem älteren Beschäftigten ein Anreiz gegeben wird, vorzeitig auszuschcheiden. Nur so können die notwendigen freien Stellen geschaffen werden, die mit Beschäftigten des PEM besetzt werden können. Deshalb ist es nötig, sogenannte fluktuationsbeschleunigende Anreize zu schaffen.

Eines möchte ich dabei ganz deutlich sagen: Derartige Anreize sind kein Element der persönlichen Lebensplanung. Sie dienen ausschließlich dem beschleunigten Abbau der kw-Vermerke. Alle Anreize sind zwingend mit dem PEM-Verfahren verknüpft.

Meine Damen und Herren, gesetzlich geregelt wird in § 12 des PEM-Gesetzes der vorgezogene Ruhestand. Inhalt dieser Regelung ist, dass ein Beamter jederzeit mit seinem erdienten Ruhegehaltssatz in Ruhestand treten kann. Er muss dann allerdings einen weiteren Abschlag von bis zu 10,8 % in Kauf nehmen. Praktisch werden diese

Regelungen aufgrund der Abschlüsse in aller Regel nur lebensältere Beamte in Anspruch nehmen.

Neben dieser gesetzlichen Regelung ist wichtigstes Element der Anreize die Wiedereröffnung der Altersteilzeit. Seit Ende 2002 ist diese zumindest für Beamte faktisch ausgesetzt. Wir werden im Rahmen des Personaleinsatzmanagements die Altersteilzeit befristet bis Ende 2009 wieder eröffnen. Unser Land nimmt dabei innerhalb der Bundesrepublik keineswegs eine Sonderrolle ein. Altersteilzeit gibt es in den meisten anderen Bundesländern. Wir erreichen damit im Übrigen auch einen weitgehenden Gleichklang in der Behandlung von Beamten und Tarifangestellten.

Die zweite Säule des Anreizsystems ist die Nutzung des einstweiligen Ruhestandes nach § 39 des Landesbeamtengesetzes. Gerade Niedersachsen hat hiermit bei der Auflösung von Bezirksregierungen sehr positive Erfahrungen gemacht. Dies sollten wir in Nordrhein-Westfalen auch nutzen, wobei wir die vergleichsweise hohen Kosten dieses Instruments im Auge behalten werden.

Für in das PEM versetzte Tarifbeschäftigte sind dagegen die Abfindungen von Interesse. Unabhängig von den Dienstzeiten und der Entgelte kann eine Abfindung von bis zu 50.000 € erreicht werden.

Ganz wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist schließlich die sogenannte Flexibilitätsprämie. Anders als bei den anderen genannten Anreizen soll hier nicht das Ausscheiden aus dem Dienst gefördert werden, sondern die Mobilität und die Bereitschaft zu Versetzungen erhöht werden. Bei einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen kann es bei Versetzungen innerhalb des Personaleinsatzmanagements zu besonderen persönlichen Erschwernissen kommen, die abgemildert werden sollen. Wie hoch diese Prämie im Einzelnen werden wird, muss noch entschieden werden. Das Finanzministerium wird zusammen mit dem Landesamt für Personalmanagement ein Konzept erarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so viel zu den Grundzügen des Personaleinsatzmanagements.

Zu einem Punkt, der in den letzten Wochen besonders in der Diskussion gestanden hat, habe ich bislang noch nichts gesagt. Es sind dies die Rechte der Personalvertretungen für den Fall einer Versetzung aus dem PEM heraus zu einer anderen Behörde: In den meisten Fällen finden die normalen Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes Anwendung. Abweichun-

gen gibt es nur in dem Fall der Abordnung aus dem PEM heraus für mehr als drei und bis zu zwölf Monaten. Hier haben wir uns dafür entschieden, die Bestimmungen des Landes Berlin zu übernehmen.

Ganz konkret bedeutet dies, dass in diesem Fall der Personalrat mitwirken, aber nicht mitbestimmen kann. Wir halten dies für wichtig, um die Verfahren zu beschleunigen. Die Rechte der Beschäftigten werden dadurch nicht über Gebühr eingeschränkt. Wollte man anderes behaupten, müsste man diesen Vorwurf natürlich auch der rot-roten Landesregierung in Berlin machen.

Ich freue mich auf die Beratungen zu diesem Gesetzentwurf und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Minister Linssen. – Frau Walsken von der SPD-Fraktion hat nun das Wort.

**Gisela Walsken<sup>\*)</sup>** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser heutiges Thema Personaleinsatzmanagement hat mich in meinem Wahlkreis schon häufig beschäftigt. Auf einer Reihe von Veranstaltungen kamen immer wieder die Frage von Bürgerinnen und Bürger: Was ist das denn eigentlich? Was soll denn da eigentlich geschehen? Und wofür soll PEM eigentlich gut sein? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fällt mir schwer – auch nach der Einbringungsrede des Ministers gerade –, den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, die zu mir kommen, eingestehen zu müssen: So genau weiß ich das auch nicht.

Erschreckend ist für mich und vor allen Dingen für die vielen Betroffenen dort draußen in den Ämtern, dass wir wahrscheinlich nicht die Einzigen sind. Denn ich habe den Eindruck, dass auch im Finanzministerium noch nicht so recht klar ist, was das Ganze soll.

Ich habe mich gefragt, aus welchen Gründen ein solches Gesetz zum jetzigen Zeitpunkt Sinn machen könnte. Wir haben gerade von der Regierung zwei zentrale Gründe gehört: Personaleinsparung und die sogenannten Effizienzvorteile.

Zum Thema Personaleinsparung hat der Minister etwas gesagt, hat aber nicht erwähnt – das ist etwas, was jedem auffällt –, dass er zunächst einmal eine neue, eigene Behörde mit bis zu 180 Mitarbeitern schafft, die uns 10 Millionen € und mehr kosten wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wenn das Personaleinsparung ist, dann frage ich mich: Wo bleibt die Logik?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Personaleinsparungen sind vor allem durch Frühverrentungen und durch die Besetzung freier Stellen mit Beschäftigten des Landes vorgesehen. Wenn man das genauer untersucht, dann macht es Sinn, Günther Oettinger zu zitieren, der als Ministerpräsident von Baden-Württemberg hier oft zum leuchtenden Beispiel wird. Er hat nämlich klug ausgerechnet, dass ein Beamter – wie vorgesehen –, den man mit 71 % seines Gehaltes in Rente schickt, im Grunde für lediglich 29 % weiterarbeitet. So günstiges Personal, Herr Minister, finden Sie doch sonst nirgendwo.

Wenn Sie allerdings auf diese letzten Prozentpunkte schießen, dann muss man sich fragen, warum das Mittel der natürlichen Fluktuation nicht allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes möglich sein soll, meine Damen und Herren. Und das ist unser zentraler Vorwurf an dieser Stelle.

Der zweite Grund, den die Regierung anführt, sind die sogenannten Effizienzvorteile. Effizienzvorteile sollen durch Versetzung von einer Dienststelle zur anderen erzielt werden, wobei sich die Vorteile daraus ergeben sollen, dass die Beschäftigten in der neuen Dienststelle eher gebraucht werden. Effizienzvorteile kann man aber nur dann erzielen, wenn die Beschäftigten auch motiviert sind und nicht mit einem kw-Vermerk zwangsversetzt werden. Ein Effizienzvorteil setzt Freiwilligkeit bei der Neubesetzung der Stellen voraus, wie sie seit Jahren schon im Rahmen der von Rot-Grün eingerichteten Personalagentur für Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes praktiziert worden ist.

Die im PEM jetzt vorgesehenen Anreize wie die Flexibilitätsprämie und die bevorzugte Besetzung sind Maßnahmen und Mittel, mit denen auch die Personalagentur hätte ausgestattet und die durch Personaleinsparungen und Effizienzgewinne völlig ohne PEM hätten realisiert werden können.

Meine Damen und Herren, deshalb sind wir der Auffassung: PEM ist überflüssig.

(Beifall von der SPD)

Durch den Sozialkatalog, der jetzt an PEM ange-dockt wird, entscheidet sich, dass vor allem jüngere und mobilere Personen zu PEM gehen sollen. Die jungen und mobilen sind diejenigen, die innerhalb der Karriereleiter aufsteigen wollen und somit natürlich eher freiwillig neue Stellen in der

Verwaltung suchen. Die Jungen und Mobilen müssen also nicht durch die Tretmühle PEM gehen, sondern würden sich eher über die Personalagentur selbst auf die Suche machen.

Die Pressesprecherin des Finanzministeriums hat ausgeführt, dass freundlicherweise – ich zitiere – niemand gegen seinen Willen nach PEM versetzt wird. Wo, meine Damen und Herren, ist dann der Unterschied zur Personalagentur, und wofür wird eine neue Behörde mit 180 Stellen geschaffen?

(Beifall von der SPD)

Wenn man sich also die Begründung für PEM – auch im Gesetz – ansieht, dann muss man leider feststellen, dass PEM weder wirkliche Personaleinsparungen noch zusätzliche Effizienzgewinne bringen wird. Warum aber will unser Finanzminister trotz allem PEM einführen? – Weil er damit – so vermuten wir – seine eigene Ressortbilanz und die der anderen Minister beschönigen kann, um nicht zu sagen: zu fälschen.

(Widerspruch von der CDU)

Was will der Finanzminister mit PEM in seinem Haushalt? – Ist das nicht eine Situation wie bei einem Gebrauchtwagenhändler, Herr Kollege, der die Kilometerzahl seiner Autos zurückdreht, sich aber später die manipulierten Autos wieder selbst verkauft? – Meine Damen und Herren, das PEM bietet dem Minister eine bequeme Möglichkeit, nicht nur die Bilanz, sondern auch die Entlassungen zu verfälschen und zu verschleiern.

(Zuruf von der CDU)

Deshalb ist es nichts anderes, als eine Auffanggesellschaft zu etablieren, die wir auch von Privaten kennen. Sie kennen ja das Motto dieser Regierung „Privat vor Staat“, wie wir es heute bei der Gemeindeordnung, beim Sparkassengesetz, bei der Landesentwicklungsgesellschaft und anderen Themen sehen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Ralf Witzel [FDP]: Gutes Gedächtnis!)

Das Motto ist die Ideologie, und die soll hier umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat sich mit PEM eine Behörde geschaffen, die ihm den Zugriff auf die Mitarbeiter seiner Kabinettskollegen ermöglicht. Eigentlich wäre eine solche Behörde in den Bereich des Innenministers gefallen. Aber diese Kompetenz hat der Finanzminister ihm abgeluchst – Kompliment. Linssen als Wilderer in Wolfs Revier – vielleicht auch ein Hinweis darauf,

wie der Innenminister zurzeit in diesem Lande eingeschätzt wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will deutlich machen, dass wir den Finanzminister auch als durchaus vernünftigen und kompetenten Mann kennen, dem ich allen Unkenrufen zum Trotz unterstelle, dass ihm das Wohl des Landes und seiner Beschäftigten mehr am Herzen liegt als parteipolitische, ideologische Überlegungen, Ressortpolitik und auch insbesondere die Ideologie des kleinen Koalitionspartners.

(Zuruf von der CDU)

Deshalb, Herr Minister, haben Sie jetzt noch zwei Möglichkeiten, und zwar erstens, PEM wider besseren Wissens durchzuziehen, viele Beamtinnen und Beamte abzustempeln, eine neue Behörde mit noch mehr unübersichtlicher Bürokratie zu schaffen und einige Posten im Haushalt zu verschieben, um nicht einzugestehen, dass es eigentlich auch ohne geht, oder – zweitens – Größe zu zeigen, die positiven Maßnahmen des Gesetzes, die ich betont habe, wie die Altersteilzeit, die Regelungen zum vorgezogenen Ruhestand und die angebotenen Abfindungen auf alle – ich betone: alle – Beschäftigten im Land auszuweiten und so die Einzelmaßnahmen im PEM wirklich auf breiter Ebene in diesem Land wirksam werden zu lassen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie bei PEM in der gegenwärtigen Form eine Verabschiedung von Personal durch diese Landesregierung sehen, dann werden vor allem die Beschäftigten in Regierung und Verwaltung als überflüssig abgestempelt, die einen kw-Vermerk haben. Ich könnte mir vorstellen, mit diesem Stempel auch den einen oder anderen in diesem Kabinett zu versehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Weisbrich.

**Christian Weisbrich<sup>1)</sup>** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Walsken, das war eben Opposition um der Opposition willen. Das hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut. Ich habe Sie eigentlich so eingeschätzt, dass Sie, wenn es um finanzielle Dinge geht, zwar häufig anderer Meinung sind als wir, sich unter dem Strich aber doch an der Sache entlang orientieren.

Wir stehen vor der Situation – das muss ich ganz deutlich sagen –, dass sich die Personalsteuerquote mittlerweile auf mehr als 60 % beläuft. Das ist für die Zukunft unerträglich. Der Grund dafür ist die exzessive Einstellungspolitik, die Ihre Fraktion in den Jahren ab Ende 1960 bis Anfang der 80er-Jahre betrieben hat. Dieses Handeln holt uns jetzt ein.

(Beifall von der CDU)

Da müssen wir für eine Korrektur sorgen. Auch Ihr früherer Ministerpräsident Steinbrück hat ja schon massiv versucht, im Personalbereich zu korrigieren. Er ist damit grandios gescheitert. Deswegen müssen wir nun andere Wege finden. Wenn Sie das nicht verstehen, kann ich nur frei nach Schiller zitieren: „Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen.“ – Ich kann es also nicht begreifen, dass Ihnen diese Problematik nicht klar ist.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Ich will an das Thema jetzt von einer anderen Seite herangehen. – Der Ausgangspunkt für das Personaleinsatzmanagement ist abgesehen von dem, was ich eben an kostenmäßigen Grundproblemen skizziert habe, der Abschlussbericht der „Kommission zu Situation und Perspektive des Landeshaushalts“ Nordrhein-Westfalen. Wir alle wollen in Zukunft eine nachhaltige Haushaltswirtschaft.

Diese hochrangig besetzte Kommission stellt fest, dass das strukturelle Defizit des Landeshaushalts ohne Gegenmaßnahmen bis 2010 auf rund 10 Milliarden € ansteigen wird und Nordrhein-Westfalen an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen ist. Die Kommission weist völlig zu Recht darauf hin, dass eine solche Entwicklung für unser Gemeinwesen nicht durchzuhalten ist, weil die Lasten der Vergangenheit jede Zukunftschance blockieren. Und ein Haushaltsausgleich ist – auch nach Auffassung der Kommission – bei Hebung aller Effizienzreserven ohne Personalmaßnahmen nicht erreichbar, weil die Personalausgaben derzeit den Steuereinnahmen und den Gesamtausgaben deutlich davonlaufen, und zwar von Jahr zu Jahr mehr.

Dann ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass der zentrale Stellhebel nicht die Höhe der jeweiligen Beamten- oder Mitarbeitergehälter sein kann, sondern nur die Zahl der Mitarbeiter. Wer gute Arbeit leistet, muss selbstverständlich auch angemessen und ordentlich honoriert werden.

Auf die Zahl kommt es also an. Und diese haben Sie künstlich in die Höhe getrieben. Sie haben es nicht geschafft, diese Zahl wieder zurückzuführen.

Deshalb müssen wir es nun mit neuen Methoden versuchen. Und wir sind nicht die Einzigen, die das tun. Diese Methoden hat das Land Berlin angewandt – mit relativ gutem Erfolg, soweit man bei Berlin überhaupt davon sprechen kann. Diese Methoden sind aber auch bei großen Staatsunternehmen, die privatisiert werden, üblich. Bei der Telekom und der Bahn ist es auch so gelaufen. Selbst bei der Commerzbank ist es so gelaufen. Es gibt also reichlich Erfahrung damit.

Wir wollen im Endergebnis die Anzahl der Mitarbeiter um rund 10 % reduzieren. Und wir sollten diesem Instrumentarium erst einmal die Chance einräumen, zu beweisen, ob es funktioniert oder – wie Sie unterstellen – nicht funktioniert und überflüssig ist.

Die Personalfuktuation fällt typischerweise nicht dort an, wo Einsparungen operativ möglich oder wünschenswert sind. Von daher müssen wir den Abbauprozess aktiv steuern, wenn wir keine schwerwiegenden Nachteile für Mitarbeiter in Kauf nehmen wollen. Das beste Instrument dafür ist eben ein separates Personalüberhangmanagement. Ich sagte eben schon, dass es sich in Berlin, bei der Commerzbank, bei der Bahn und der Telekom bestens bewährt hat.

Der Bewältigung dieser Aufgabenstellung dient das heute von der Landesregierung eingebrachte PEM-Gesetz. Grundgedanke ist – das hat Herr Dr. Linssen zutreffend ausgeführt –, künftig jeden kw-Vermerk zu personalisieren, ihm also ein Gesicht zu verleihen. Das heißt aber nicht, dass deswegen der entsprechende Mitarbeiter ausgemustert wird oder nichts wert ist, sondern nur, dass er in der Gesamtsituation der Landesverwaltung an der falschen Stelle eingesetzt ist. Er muss in Zukunft an einer anderen Stelle seinen Fähigkeiten entsprechend eingesetzt werden.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Interessant!)

Die Landesregierung wird mit dem PEM eine dem Finanzministerium nachgeordnete Landesoberbehörde einrichten. Das haben Sie kritisiert, aber meines Erachtens muss es sein.

Das PEM soll den notwendigen Umbau der Verwaltung durch Gestaltung eines ressortübergreifenden internen Arbeitsmarktes begleiten. Es soll sich um Vermittlung und Qualifizierung der zugeordneten Beschäftigten kümmern. Und es soll vor allem durch gesteuerte Nutzung der Fluktuation die interne Besetzung freiwerdender Stellen ermöglichen, damit nicht immer wieder von außen Personal nachgezogen werden muss. Damit es das besonders gut kann, wird es in regionalen Servicestellen individuelle Beratung vor Ort anbieten.

ten. Denn – wie gesagt – die Mitarbeiter, die auf einer kw-Stelle sitzen, sind in der Landesverwaltung nicht überflüssig; sie müssen in Zukunft nur andere Tätigkeiten wahrnehmen.

Es wird nunmehr Aufgabe der Ressorts sein, die Beschäftigten auszuwählen, die dem PEM zugeordnet sein sollen. Dazu müssen sie eine umfassende Organisations- und Aufgabenkritik im eigenen Hause durchführen. Das ist nicht mal eben so aus der Lamäng leistbar, sondern muss schon sehr fundiert passieren. Die Ressorts müssen anschließend die kw-Stellen an das PEM melden.

Aufgabe des PEM wird es sein, die übernommenen Mitarbeiter so zu qualifizieren, dass sie in neue Aufgabenfelder wirklich erfolgreich vermittelt werden können und dann auch wieder Spaß an der Arbeit und ihren beruflichen Aufgaben haben.

Ich bin froh, dass das Personaleinsatzmanagement zum 1. Juli seine Arbeit aufnehmen kann. Sein Erfolg wird davon abhängen, ob es gelingt, alle Ressorts in den PEM-Prozess einzubinden. Und der Erfolg wird auch davon abhängen, ob durch die Ausgestaltung von Anreizfunktionen genügend kritische Masse für den Qualifizierungs- und Vermittlungsprozess zu erzeugen ist.

Ich meine, dieses Instrument hat jede Chance verdient. Sie versündigen sich an der nächsten Generation, wenn Sie uns nicht helfen, den Personalüberhang, den Sie aufgebaut haben, in angemessener Zeit wieder abzubauen. Nordrhein-Westfalen hat zu der Zeit, als Sie die Regierung übernommen haben, 16 Millionen Einwohner und 200.000 Mitarbeiter gehabt; Sie haben es uns mit 18 Millionen Einwohnern und 352.000 Mitarbeitern hinterlassen. Sie müssen sich doch selbst einmal an den Kopf greifen und sich fragen, ob diese Entwicklung so weitergehen kann. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Weisbrich. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Sagel das Wort.

**Rüdiger Sagel<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Es ist ein ungeheures Wortgeklingel, was man vonseiten der CDU zu diesem Thema gehört hat.

Zunächst einmal möchte ich für die Grünen-Fraktion deutlich machen, dass es richtig ist, sich mit einer sozialverträglichen Personalpolitik, auch aus Kostengründen, auseinanderzusetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eigentlich heißt PEM aber nicht Personaleinsatzmanagement, sondern Personalentfernungsmanagement.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wohin die Reise gehen soll, bleibt weitgehend unklar. Der Eindruck ist, hier wird vor allem Geld verschwendet, Bürokratie aufgebaut, und Mitarbeiter und vor allen Dingen bestimmte Mitarbeiter bekommen Probleme. Denn es sollen Tausende von Stellen abgebaut werden,

(Christian Weisbrich [CDU]: Müssen!)

ohne dass die Betroffenen wissen, wo sie landen werden. Sie wissen auch nicht, ob es nicht eine unsanfte Landung für sie werden wird.

(Zuruf von der CDU)

Schon die Personalpolitik der Grünen zu Regierungszeiten wie auch der Ministerien war immer davon geprägt, mit einem vorhandenen Mitteleinsatz möglichst effizient umzugehen. Die schäumenden Behauptungen, vor allem von der FDP und Herrn Papke, Bärbel Höhn habe die Umweltverwaltung mit Tausenden von zusätzlichen Stellen aufgebläht, sind falsch und realitätsfern, und ich kann sie mir nur so erklären, dass die Erfolge der Umweltpolitik so durchschlagend waren, dass Herr Papke offensichtlich glaubt, dass dies nur mit einem Vielfachen an Personal möglich sein konnte.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Herr Weisbrich, zu Ihnen: Im Haushalt 2007 sind 167 Stellen mehr ausgewiesen als im Haushalt 2006.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Hört, hört!)

Es ist auch eine Menge Stellen mehr ausgewiesen als zu rot-grünen Zeiten. Das ist die Personalpolitik, die Sie bisher konkret gemacht haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann reden Sie davon, dass wir den Personalapparat aufgebläht hätten. Genau dasselbe haben Sie auch gemacht. Ich erinnere nur daran: Ihre erste Maßnahme – Sie waren kaum gewählt im Mai 2005 – war, dass Sie erst einmal 92 neue Stellen in den Ministerien und in der Staatskanzlei geschaffen haben –

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ja, ja! – Zuruf von Christian Weisbrich [CDU] – Gegenruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zuhören, Herr Weisbrich!)

hochbezahlte Stellen, Kostenpunkt 15 Millionen € zusätzlich. Das war die Politik, die Sie gemacht haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist Ihre konkrete Politik. Alles andere, was Sie heute erzählt haben, ist absolutes Wortgeklingel.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber das ist die Sonnenbrille, die Herr Weisbrich ständig auf hat!)

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht in der Personalpolitik vor allem um das Wie, das heißt, wie man kosteneffizient, sachgerecht und sozialverträglich Personalpolitik betreiben kann. Die bisherigen Erfahrungen der Verwaltungsstrukturreform machen in dieser Hinsicht zunächst einmal wenig Hoffnung. Man hat in einer Ergänzungsvorlage zum Haushalt mal eben die Eckpunkte der gesamten Reform durchgepeitscht. Das hat mit Transparenz und mit sorgfältiger Planung rein gar nichts zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Folgen sind jetzt landauf, landab zu besichtigen. Man sieht vor allem Chaos, Standardabbau oder Zurückrudern.

Wir lehnen die Einrichtung eines Personaleinsatzmanagements als Landesbehörde ab, da sie nur den bürokratischen Aufwand erhöht und vermeidbare Zusatzkosten verursacht. Die neue Landesbehörde ist für eine schnellere Vermittlungstätigkeit in andere Bereiche ebenso wenig erforderlich, wie sie zu einer schnelleren Umsetzung des sozialverträglichen Personalabbaus führt.

Die Grünen-Fraktion begrüßt, dass die Regierung offenbar im Gesetzgebungsverfahren lernfähig war, und zwar an einem einzigen Schwachpunkt: Bei den fehlenden Angeboten für ältere Beschäftigte hat sie nachgebessert. Wir halten aber an unserer klaren Ablehnung trotzdem fest und weisen darauf hin, dass dies natürlich den Entlastungseffekt, von dem Sie die ganze Zeit sprechen, erheblich schmälert, da die Versorgungskosten, die Pensionen, beim Land verbleiben. Das ist auch Realität.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es sollen Stellen eingespart werden, aber ob Kosten eingespart werden, da habe ich ein großes Fragezeichen. Im Moment wird es erst einmal teuer.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens müssen wir uns deshalb sehr eindringlich damit auseinandersetzen, welche Effizienz dieses neue System hat. Meine Fraktion und ich sind mehr als skeptisch, dass der betriebene bürokratische Aufwand zu den zu bewerkstellenden Aufgaben auch nur ansatzweise in einem positiven Verhältnis steht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Abwarten!)

Der Lernprozess der Landesregierung kann aber nicht von den vielen Schwachpunkten ablenken. Es ist bisher in keiner Weise klar, welche Aufgaben von den ins PEM versetzten Beschäftigten bearbeitet werden sollen. Durch das Hin- und Herversetzen der Beschäftigten entsteht ein enormer bürokratischer Aufwand ohne erkennbaren Nutzen.

Bei dem, was Sie, Herr Weisbrich, erzählt haben, wird wirklich völlig unklar, was Sie eigentlich wollen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Und das vor der Zielrichtung Bürokratieabbau!)

– Genau, vor der Zielrichtung Bürokratieaufwand.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und gerade die FDP: Frau Freimuth, Sie müssten eigentlich rot werden, wenn Sie hören, was die CDU erzählt und das Ministerium macht.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

– Oder sie wird schwarz. Ich weiß es nicht.

Zunächst einmal stehen im Haushalt 10 Millionen € an zusätzlichen Kosten. Man höre und staune: 10 Millionen € allein für diese Behörde, wo zusätzlicher Bürokratieaufwand betrieben werden soll. Dem PEM werden nach der üblichen Sozialauswahl vor allem junge, frisch ausgebildete Leute zugewiesen. Dies führt zu einer Überalterung und konterkariert geradezu die Ausbildungsanstrengungen der Institute. Die jetzt vorgelegten Anreizsysteme für Ältere können dies nur abmildern.

Beim Personalabbau ist unabhängig von den Umsetzungsinstrumentarien darauf zu achten, dass besonders zu schützende Personenkreise wie schwerbehinderte Menschen, Beschäftigte im Mutterschutz oder Alleinerziehende und andere bei der Personalauswahl außen vor bleiben. Die Erfahrungen unter anderem aus Berlin belegen allerdings, dass sich viele Ressorts gerade dieser Personenkreise entledigt haben. Genau das befürchten wir, dass Sie das hier auch vorhaben.

Der Frauenanteil ist im Berliner Stellenpool deutlich höher als in den Ministerien.

Die Behauptung des Finanzministers in seiner Pressekonferenz, es habe keinen internen Stellenmarkt gegeben, ist schlicht falsch. Die Personalagentur hat alle Stellen im Landesdienst allen Landesbeschäftigten angeboten und so zu einer internen Vermittlung auf sehr unbürokratische Weise geführt. Was wir da gemacht haben, war bisher sehr erfolgreich, und was Sie hier machen, ist: Kosten hochtreiben, Bürokratie aufbauen.

Allzu deutlich wird, dass von den vollmundigen Versprechungen der schwarz-gelben Landesregierung beim sozialverträglichen Stellenabbau so gut wie nichts übrig geblieben ist. Allerdings werden neue Bürokration geschaffen und Rechte des Personals abgebaut – ich erinnere nur an das, was Sie mit dem Landespersonalvertretungsgesetz vorhaben –, womit die Beschäftigten erneut unnötig eingeschränkt werden. Wir werden diese und weitere Punkte im Gesetzgebungsverfahren sehr genau beobachten und uns aktiv und konstruktiv in den Beratungsprozess einbringen. Nicht zuletzt haben wir uns auch Modelle in Berlin und Hessen vor Ort angesehen. Ich bin kürzlich noch dort gewesen und habe mich mit den Kollegen dort unterhalten. Das, was Sie uns erzählt haben, war alles andere als erfreulich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden daher die Fachanhörung und auch die weiteren parlamentarischen Beratungen intensiv nutzen und stimmen deshalb zwar der Überweisung des Gesetzentwurfs zu, aber lehnen das PEM ganz klar ab. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Sagel. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alles andere als erfreulich sind zunächst einmal die Fakten im Land Nordrhein-Westfalen, nämlich dass wir mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen für Personal ausgeben und dass wir zunehmend steigende Personalausgaben erwarten müssen, insbesondere wenn man die Pensionsverbindlichkeiten einrechnet. Das haben alle Fraktionen in diesem Parlament und im Haushalts- und Finanzausschuss schon mehrfach mit großer Besorgnis diskutiert.

Diese Entwicklung müssen wir stoppen. Dieser Entwicklung müssen wir entgegentreten.

Wenn ich die vollmundigen Äußerungen der Kollegin Walsken und des Kollegen Sagel höre, dann muss ich leider feststellen, dass die bisherigen Bemühungen, auch die Bemühungen, die von der rot-grünen Koalition seinerzeit angestrengt wurden, bis jetzt nicht erfolgreich waren. Wir haben nach wie vor steigende Personalausgaben.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dank Ihnen!)

Wir haben mit den bisherigen Instrumenten der Kostenexplosion nicht entgegentreten können. Unserem – wie ich jedenfalls dachte – gemeinsamen Ziel, eine nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik zu betreiben, sind wir durch die bisher angewandten Instrumentarien eher ferner als näher gekommen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Klar! Weil Sie die falsche Politik machen!)

– Herr Kollege Sagel, weil Sie eine falsche Politik gemacht haben. Genau!

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Weil Sie sie machen!)

– Herr Kollege Sagel, Samson hat nach geschnittenem Haar Kräfte verloren, Ihre Argumente und Ihr Realitätssinn wohl auch.

(Beifall von der CDU)

Aber an der Stelle müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir die Zahl

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Frau Kollegin, das müssen Sie mir jetzt einmal erklären! Das war jetzt sehr sachlich!)

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen reduzieren wollen und müssen, aber einhergehend mit einer klaren Aufgabenkritik und mit Bürokratieabbau. Sie haben in Ihrer Regierungsverantwortung einiges an Standards, an Bürokratie und an Personalkörper aufgebaut.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das machen Sie doch jetzt auch!)

All das müssen wir heute infrage stellen. Wir müssen infrage stellen, ob dieser Staat, dieses Land all diese Leistungen vorhalten und anbieten muss. Wir müssen uns das kritisch anschauen und begleitet durch diese Maßnahmen auch die Zahl der Beschäftigten im Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen reduzieren.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Um wie viele?)

Bei dieser Kostenentwicklung und bei dieser Haushaltsstruktur ist das alternativlos, und zwar nicht nur weil die Hartmann-Kommission eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen hat,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: 30.000? Oder wie viele?)

sondern auch weil wir da eine klare Übereinstimmung haben. Herr Kollege Sagel, auch Ihre Kollegin Müller hat dem in der vergangenen Legislaturperiode zugestimmt. Auch die Sozialdemokraten haben in der letzten Legislaturperiode dieses Ziel beschrieben. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es und bleibt es eine der vorrangigsten und dringlichsten Aufgaben, die Personalausgaben auf ein verträgliches Maß zurückzuführen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Aus liberaler Sicht ist ein zentral geführtes Personaleinsatzmanagement ein geeignetes Instrument, um Landespersonal abzubauen, ohne Kündigungen auszusprechen. Wir schaffen mit dem Personaleinsatzmanagement auch einen landesinternen Stellenmarkt, in den alle Bereiche der Landesverwaltung, auch die Landesbetriebe, zwingend einbezogen werden.

Das Personal der autonomen Hochschulen hat auch durch die Entscheidungen dieser Landesregierung mit dem Hochschulfreiheitsgesetz eine Sonderstellung.

Das Personaleinsatzmanagement ist dabei gerade kein Abschiebebahnhof. Ich halte es auch für eine Zumutung, wenn von Kolleginnen und Kollegen der Opposition durch insistierende Äußerungen gelegentlich der Eindruck erweckt wird, es ginge hier um „überflüssige Mitarbeiter“. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, darum geht es nicht. Es geht hier darum, dass wir Instrumentarien für die Weiterqualifizierung der Beschäftigten entwickeln müssen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir müssen Möglichkeiten eröffnen, wie die Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen auch im Landesinteresse eingesetzt werden können.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Warum dann die Anreizsysteme?)

– Herr Kollege, weil wir mit Anreizen und Freiwilligkeit verschiedene Maßnahmen leichter auf den Weg bringen können. Wir brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch als Verbündete.

(Svenja Schulze [SPD]: Auf einmal!)

Das wollen wir nach wie vor. Aber auch die Belange des Landes Nordrhein-Westfalen müssen berücksichtigt werden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So schafft man sich aber keine Verbündeten, Frau Kollegin!)

Die bisherigen Instrumentarien haben leider nicht ausgereicht. Es hat nicht ausgereicht, kw-Vermerke anonym auszubringen. Wir müssen sie personalisieren, um die Realisierung zu beschleunigen. Wir müssen bei der Personalisierung soziale Kriterien unter Beachtung der dienstlichen Belange berücksichtigen und mit einführen.

Herr Kollege Sagel, von der Personalisierung sind ausdrücklich ausgenommen Behinderte, Frauen im Mutterschutz, Mitarbeiter in der Elternzeit, Mitglieder der Personalvertretung, Mitarbeiter im Zivildienst oder solche, die ihren Wehrdienst leisten, usw.

Die Tatsache, dass die Ressorts die Vereinbarung mit dem Finanzminister, wie sie den Personalabbau realisieren können, eigenständig treffen können, bewerten wir als positiv.

Ich will noch eine Bemerkung machen, mit der ich zum Schluss komme. Die Kollegin Walsken hat sich die Frage gestellt, weshalb das PEM beim Finanzministerium angesiedelt ist und nicht in anderen Ressorts. Nach meiner Wahrnehmung litt die Politik der vergangenen Legislaturperiode darunter, dass das Kompetenzgerangel zwischen den Ressorts gerade für eine Haushaltssanierung durch ein sinnvolles Personaleinsatzmanagement nicht hilfreich war.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Deswegen ist es richtig, dass wir mit dem Personaleinsatzmanagement eine sinnvolle Einrichtung für einen funktionierenden internen Arbeitsmarkt – angesiedelt beim Finanzministerium – erhalten, denn einer muss die Federführung übernehmen und dafür verantwortlich zeichnen. Das wollen wir hiermit tun.

Langfristig müssen wir die Personalkosten auf ein erträgliches Maß reduzieren. Das ist auch im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Sinne nachfolgender Generationen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Als nächster Redner hat der Finanzminister das Wort.

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Bemerkungen aus der Debatte würde ich gerne aufnehmen, zum Teil, um sie richtigzustellen. Zunächst will ich mich der verehrten Kollegin Walsken zuwenden, die gesagt hat: Das ist alles überflüssig. Wir haben doch eine so schöne Personalagentur gehabt.

Wenn ich Ihnen die Erfolge der Personalagentur der letzten Jahre in Erinnerung rufen darf: Die Vermittlungsgeschäfte liegen im zweistelligen Bereich. In Anbetracht der kw-Vermerke, die ja in erster Linie von Ihrer Regierung gemacht worden sind, reicht das nicht. Wir haben Ihre kw-Vermerke für die Stellen vorgefunden, die Sie abbauen wollten

(Gisela Walsken [SPD]: Die können Sie jederzeit ändern!)

und die wir jetzt beschleunigt abbauen wollen, weil wir uns gesagt haben: Die natürliche Fluktuation alleine reicht nicht. – So viel vielleicht zum Hintergrund.

Alleine im Finanzministerium haben Sie noch 2.400 kw-Vermerke angebracht. Die früheren Finanzminister haben gesagt: Dort muss mehr abgebaut werden. – Darum ist es für Sie jetzt auch so schwer, sich hinzustellen und zu sagen, das sei alles viel zu viel, weil der Arbeitsanfall viel zu groß sei. Wir haben einzig und allein die kw-Vermerke aus dem Abschluss mit ver.di und dem dbb, der die Arbeitszeitverlängerung von 38,5 Stunden auf 39 Stunden und 50 Minuten gebracht hat, ausgerichtet. Dieses Volumen ist in kw-Stellen umgerechnet worden, und das haben wir hinzugefügt. Im Wesentlichen sind es sonst Ihre kw-Vermerke.

Sie haben argumentiert – das ist vordergründig auch wunderschön –, dass es eine eigene Behörde gibt, die furchtbar viel Geld kostet und aus 180 Leuten besteht. Ich will Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, wie die Behörde geplant ist. Wir haben uns an den Zahlen aus Berlin orientiert. Wenn Sie von ungefähr 3.000 Vermittlungsfällen ausgehen, braucht man maximal 180 Leute. Wir werden mit 60 bis 80 Leuten starten, weil wir glauben, dass wir damit zunächst auskommen werden.

Dann haben Sie gesagt, dafür würden 10 Millionen € ausgegeben. Gut 7 Millionen € davon sind für Anreizsysteme vorgesehen. Das sage ich Ihnen nur, damit Sie wissen, wie sich die Kosten zusammensetzen. Ich weiß ja, dass Sie sol-

che Argumente nie mehr gebrauchen werden, wenn Sie die Zahlen gehört haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Keine Sorge!)

Frau Walsken, daraus sollen die Gutachten und auch die Miete für die Unterbringung dieser zunächst 60 Leute bezahlt werden. Das konzedere ich gerne.

(Gisela Walsken [SPD]: Das macht die Sache nicht besser!)

Wir haben es aber gegenüber den Einspareffekten, die wir erzielen können, abgewogen.

Sie haben gesagt: Wenn Sie die Anreizinstrumente für alle herbeiführen würden, wäre das schön. – Ich weise darauf hin, dass Ihre Regierung die Anreizsysteme im Jahr 2002 im Wesentlichen abgesetzt hat, vermutlich aus Kostengründen. Natürlich beziehen wir sie ganz speziell auf die Leute, die ins PEM hineinkommen. Dort können sie in den Genuss dieser Instrumente kommen. Für alles andere würden Sie uns schelten und sagen: Was werft ihr das Geld für persönliche Lebensplanung hinaus? – Ich weiß, dass Sie auch andersherum argumentieren können, Frau Walsken. Deshalb macht es auch so viel Spaß, mit Ihnen zu diskutieren.

Ich glaube schon, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch das PEM eine neue Perspektive bekommen, gerade wenn sie an Stellen sitzen, bei denen es wenig Perspektiven gibt. Ich darf aber auch darauf hinweisen, Frau Walsken, dass Sie meine Pressesprecherin völlig falsch zitiert haben.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– Vielleicht hören Sie doch noch einmal zu. – Sie hat nicht gesagt: Niemand wird gegen seinen Willen ins PEM versetzt. – Nein, meine Pressesprecherin hat gesagt: Niemand wird gegen seinen Willen aus der Landesverwaltung heraus in private Jobs vermittelt und dort untergebracht. – Das ist der wahre Sachverhalt. Natürlich wird nach Sozialkriterien ins PEM versetzt, wenn keine freiwilligen Vereinbarungen zwischen den Ressorts und dem Finanzministerium bestehen.

Herr Sagel, ich glaube, Sie haben den Verdacht, wir würden die Menschen, die wir – wie die Schwerbehinderten – herausgenommen haben, doch nachher beschleunigt versetzen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie einen solchen Verdacht nicht mehr äußern würden. Denn dafür steht es im Gesetz. Dafür haben wir es vorgesehen. So wird es auch gehandhabt werden.

Zur Frage, warum das PEM nicht beim Innenminister angesiedelt ist, hat die Kollegin Freimuth schon ein paar Bemerkungen gemacht. Es ist ein Instrument zur Haushaltskonsolidierung. Wir haben verschiedene Projekte aufgelegt, die wir mit den Ressorts abarbeiten. Eins davon ist PEM. Es ist ein ganz klares Instrument der Haushaltskonsolidierung. Deshalb muss es beim Finanzminister liegen, der sich sicherlich nicht danach gedrängt hat, um das klar zu sagen. Da es mit dieser Intention angelegt ist, ist es, glaube ich, im Finanzministerium auch richtig angesiedelt.

Wir möchten gerne mit unseren fluktuationsbeschleunigenden Anreizen erreichen, dass wir mehr Altersabgänge bekommen. Am Anfang waren die Befürchtungen ganz klar vorhanden. Das haben Sie früher schon artikuliert, und ich habe sie oft genug in den Gesprächen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vernommen. Das heißt: Werden die jungen, gut ausgebildeten Mitarbeiter ins PEM versetzt, steigt damit, Herr Sagel, der Altersdurchschnitt.

Wir glauben, dass wir durch die Vielzahl der fluktuationsbeschleunigenden Elemente so viele Altersabgänge bekommen, dass diese Frage entweder nicht mehr auftaucht oder sich minimiert. Wir sollten uns darüber im Einzelfall, wenn wir bis Mitte des Jahres schon eine Übersicht haben, wie es in den Ressorts aussieht und wie dort Altersteilzeit oder andere Instrumente angenommen werden, noch einmal unterhalten. Jedenfalls ist das Gesetz so sorgfältig, so intensiv und mit so viel Sachverstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und von außen begleitet worden, dass wir gute Beratungen haben werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um fast sieben Minuten überzogen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich werde bei der Erteilung der Redezeit an die Fraktionen entsprechend großzügig verfahren.

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Kollege Dr. Rudolph Gelegenheit zu reden.

**Dr. Karsten Rudolph (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass ich das großzügige Angebot des Präsidenten, der sehr preußisch mit uns umgeht, nicht unbedingt ausnutzen werde.

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Das hoffen wir auch!)

Man kann zum PEM einiges sagen. Sie haben die Verwirrung, Herr Finanzminister, die in der Debatte zwischen Ihnen und Herrn Weisbrich auftauchte, nicht ganz klären können.

(Zustimmung von Gisela Walsken [SPD])

Die Zuhörer und ich haben das folgendermaßen verstanden: Sie reden über den zusätzlichen Abbau von 12.000 Stellen.

(Gisela Walsken [SPD]: Das muss besser koordiniert werden!)

Herr Weisbrich arbeitet mit einem Wert von 10 %. Wenn ich das umrechne, reden wir bei Ihnen, Herr Weisbrich, über 34.000 Stellen und über 40.000 Beschäftigte, während wir bei Ihnen, Herr Finanzminister, über 12.000 Beschäftigte reden.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich wäre Ihnen für eine klare Aussage dankbar, Herr Finanzminister, über wie viele Stellen wir eigentlich reden,

(Beifall von der SPD)

damit sich dann statt der von Ihnen geschätzten 12.000 vielleicht 40.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes darauf freuen, dass sie im PEM weiterqualifiziert werden dürfen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das wäre schon einmal ein konkreter Hinweis.

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen: Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik hält Daten darüber vor, wie der Stellenpegel im öffentlichen Dienst über die Jahre verlaufen ist. Ich rate Ihnen allen, wenn Sie über Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst reden und was sich dabei verändert hat, dort hineinzuschauen.

Sie werden feststellen, dass der öffentliche Dienst in Deutschland, aber auch in Nordrhein-Westfalen 2005 mit weniger Beschäftigten geführt wird als noch vor der deutschen Einheit.

(Christian Weisbrich [CDU]: Natürlich!)

Sie werden feststellen: Es hat einen massiven Abbau im öffentlichen Dienst gegeben: bei Arbeitern, bei Angestellten und bei Beamten.

(Christian Weisbrich [CDU]: In Gemeinden!)

– Das gab es auch beim Land und nicht nur in den Kommunen. – Deswegen rate ich Ihnen, wenn man über das Thema spricht, zur Kenntnis

zu nehmen, wie schlank und schmal der öffentliche Dienst eigentlich geworden ist.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das war natürlich in Regierungszeiten von Rot-Grün. Dass Sie da radikaler herangehen wollen, haben wir verstanden. Dafür haben Sie auch bei den letzten Wahlen ein Mandat bekommen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich möchte noch einmal § 11 des Gesetzentwurfs – Personalvertretung – zu sprechen kommen und im Grunde genommen eine Rede an die Kolleginnen und Kollegen von der CDA halten.

(Lachen von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Die Kolleginnen und Kollegen von der CDA müssten bei dieser Debatte zum PEM eigentlich alle anwesend und sehr wach sein. Ich hoffe, dass sie zumindest in ihren Büros mithören, was ich ihnen zu sagen habe.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie sich § 11 ansehen, werden Sie einige bemerkenswerte Punkte feststellen, die von der CDA angeblich bei der Veränderung des LPVG bekämpft bzw. korrigiert werden sollen.

Erstens. Versetzungen zum PEM sollen nur noch der Mitwirkung unterliegen und nicht mehr wie im noch geltenden LPVG der Mitbestimmung des Personalrats.

Zweitens. Das Mitwirkungsverfahren nach dem PEM-Gesetz hinsichtlich der Versetzung zum PEM unterscheidet sich in der Tat sehr deutlich nachteilig vom Mitwirkungsverfahren nach dem geltenden LPVG.

Drittens. Abordnungen aus dem PEM, das heißt die vorübergehenden Zuweisungen von Dienstposten bei einer anderen Behörde mit einer Dauer von mehr als drei Monaten und weniger als zwölf Monaten, unterliegen der Mitwirkung des Personalrats beim PEM. Eine Zustimmung ist danach nicht mehr erforderlich. Nach dem geltenden LPVG unterliegen diese Maßnahmen an sich dem Mitbestimmungsrecht der Personalvertretung.

Viertens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben vielleicht gelesen, dass die Amtszeit des Personalrats beim PEM nur noch zwei Jahre beträgt. Das geltende Recht sieht vier Jahre vor.

Sie haben vielleicht fünftens gesehen, dass Beschäftigte des PEM, die länger als sechs Monate zu einer Dienststelle abgeordnet sind,

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

zum Personalrat beim PEM wahlberechtigt bleiben, während das geltende Recht vorsieht, dass, wer länger als sechs Monate zu einer Dienststelle abgeordnet wird, auch dort wahlberechtigt ist.

Das alles hat, um es auf den Punkt zu bringen, erhebliche Auswirkungen auf die Kultur, auf das Gewicht zwischen Dienstherrn und Beschäftigten und auf die Reichweite der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte, weil man auch schon in diesem Paragrafen und beim PEM erkennt, was beim LPVG schon angekündigt ist: nämlich dass aus Mitbestimmungsrechten nur noch bloße Mitwirkungsrechte werden, dass das Mitwirkungsverfahren abgekürzt wird, dass die Möglichkeit, abweichende Meinungen seitens des Personalrats geltend zu machen, erschwert wird, und dass die Direktionsrechte der Dienststelle gestärkt werden.

Damit schaffen Sie erst einmal im Vorlauf zur LPVG-Novelle ein Sonderrecht. Man fragt sich natürlich, ob das von Ihnen vorgestellte Ziel des PEM, Herr Minister, wirklich den Tatsachen entspricht. Wenn Sie es wirklich gut meinen mit den Beschäftigten, also mit Ihren Bediensteten, brauchen Sie kein Sonderrecht, das Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte massiv abbaut.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen auch gleich: Wir sind in Nordrhein-Westfalen. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie sich – Herr Weisbrich, das ist vielleicht auch für Sie etwas Neues – das Vorbild Berlin mit einem rot-roten Senat nehmen. Ich bin gespannt, ob Sie demnächst noch andere Punkte der Berliner Senatspolitik finden, bei denen sich Schwarz-Gelb sozusagen dieser rot-roten Koalition anschließt.

Wir halten auch in Nordrhein-Westfalen unsere eigene sozialdemokratische Spur. Deswegen werden Sie, was dieses angeht, auf unseren entschiedenen Widerstand treffen.

Abschließend sage ich Ihnen noch, dass die Frage der Ressortzuständigkeit, über die hier diskutiert wird, inzwischen in der Öffentlichkeit in den Hintergrund tritt. Ich war gestern bei einer großen Personalversammlung mit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die diskutieren gar nicht so sehr darüber, ob das mehr der Innenminister beim LPVG oder der Finanzminister beim PEM-Gesetz ist, der die Mitbestimmungsrechte kaputtmacht. Die haben mir diese Karte mitgegeben, auf der

sozusagen klar steht, wer letztlich dafür verantwortlich ist.

(Dr. Karsten Rudolph [SPD] hält eine beschriftete gelbe Karte in Postkartengröße hoch.)

Die schreiben nämlich: Demokratie – Mitbestimmung muss bleiben – CDU. Herr Ministerpräsident Dr. Rüttgers ist derjenige, der letztlich für das, was seine Ressortminister bei den Beschäftigten anstellen, verantwortlich ist.

(Beifall von der SPD)

Sie haben viel an Vertrauen und an gutem Willen verspielt. Sie wissen, auch die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hatte Probleme und Konflikte mit Gewerkschaften und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Aber die Rasanz, mit der Sie in 22 Monaten das gesamte Porzellan zerdeppert haben, bis hin zu dem geplatzten Gipfel gestern, der im Innenministerium stattfinden sollte und bei dem Gewerkschaftsvorsitzende wieder auf einen beamteten Staatssekretär trafen, der keine politische Handlungsvollmacht hat, zeigt, wes Geistes Kind Sie eigentlich sind.

Ich wiederhole gerne noch einmal die Worte eines sozialdemokratischen Arbeitsministers, der als Letzter nach 39 Jahren wirklich behaupten kann, ein richtiger Arbeitsminister gewesen zu sein, nämlich Herr Schartau. Er hat gesagt: Wenn Sie den Beschäftigten wirklich etwas Gutes wollen, dann brauchen Sie die Mitbestimmungsrechte nicht abzubauen, und dann brauchen Sie für Ihre Maßnahmen im Grunde genommen auch kein PEM.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Rudolph. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Klein das Wort.

**Volkmar Klein (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich die Einlassungen der Kollegen Sagel und Rudolph auf die anfängliche Frage von Frau Kollegin Walsken, wofür das denn alles gut sein soll, anschaut, erschließt sich einem das in der Tat nicht auf den ersten Blick, weil ja offenbar die Welt völlig in Ordnung ist. Offensichtlich hat Nordrhein-Westfalen überhaupt keine Probleme: nicht zu viel Personal und einen wunderbar soliden Haushalt. Sie haben ja schon alles gemacht. – Das haben wir mehr oder weniger Ihren Beschreibungen entnommen.

Aber Sie sehen doch selber: Das ist doch eine völlig unsinnige Beschreibung angesichts des Scherbenhaufens, den Sie uns hinterlassen haben!

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD:  
Wieder die Nummer!)

Ganz abgesehen davon hat der Finanzminister eben gesagt: Ein entscheidender Punkt, die Motivation, ist die Haushaltssanierung.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: 10 Millionen Mehrkosten!)

Dass das in einem gerade auf Personalkosten aufbauenden Gesamthaushalt nötig ist, ist keine neue Erkenntnis der neuen Koalition, sondern offensichtlich auch eine Erkenntnis der alten Landesregierung gewesen. Denn – insofern wäre es vielleicht gut, wirklich einmal zuzuhören, obwohl Sie es eigentlich wissen müssten – die kw-Vermerke in diesem Landeshaushalt sind schon von Ihrer, der früheren Landesregierung ausgebracht worden.

Das bedeutet doch: Es ist von Ihnen festgestellt worden, dass es in Nordrhein-Westfalen einen Personalüberhang gibt, der im Interesse des Landes und des Haushalts abzubauen ist. Danach haben Sie sich aber weitgehend mit dieser Feststellung begnügt und nicht weiter gehandelt. Sie haben kw-Stellen ausgebracht, aber passiert ist wenig. Wir müssen aber auch an dieser Stelle zu schnelleren Ergebnissen kommen, wenn wir etwas für die künftige Sanierung unseres Landeshaushalts tun wollen.

Ein zweiter Punkt, der neben der Haushaltssanierung wichtig wäre und den wir in Zukunft gemeinsam angehen sollten, ist, dass wir durchaus in der Lage sind, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Landes mit dem Personaleinsatzmanagement Chancen zu bieten. PEM bedeutet auch Qualifizierungsmaßnahmen, Vermittlungsmaßnahmen, die es den Menschen erlauben, vielleicht noch viel befriedigendere Aufgaben in diesem Lande zu übernehmen. Es geht darum, mit vorhandenen Ressourcen das Optimale für dieses Land zu tun.

Wenn Sie sich die Zahlen in Berlin anschauen, sind 4.100 Beschäftigte über PEM aus ihren ursprünglichen Positionen ausgeschieden. 2.900 davon haben auf freien Behördenstellen andere Funktionen übernommen. Vorhandene Ressourcen nutzen, gemeinsam Kraftanstrengungen unternehmen, um den richtigen Job für die Mitarbeiter, die heute an einer Stelle sitzen und arbeiten, wo sie eigentlich nicht gebraucht werden – das ist etwas zutiefst Arbeitnehmerfreundliches.

(Gisela Walsken [SPD]: Och, nee!)

Ich würde mich freuen, wenn wir daran gemeinsam arbeiten könnten.

Berlin macht das vor. Ich wünsche mir – deswegen wird gehandelt –, dass wir nicht erst zu einem so katastrophal späten Zeitpunkt wie Berlin anfangen zu handeln, sondern jetzt. Das bedeutet aber nicht, dass das Vorgehen in Berlin falsch wäre. Deswegen ist es richtig zu schauen – das haben Sie gar nicht weiter kommentiert –, was sogar ein rot-roter Senat in Berlin an Beschlüssen fasst und umsetzt. Das müsste Ihnen doch zu denken geben.

Das ist für uns eine Markierungslinie, aber gleichzeitig lernen wir natürlich auch aus Fehlern, die dort passieren. Deswegen ist es richtig, einen viel flexibleren Ansatz zu wählen und noch mehr Ressortverantwortung zu behalten, als das in Berlin der Fall ist, damit wir mit entsprechenden Anreizen die Möglichkeit haben, die Probleme, die wir angehen müssen, vor Ort anzugehen.

Es wäre richtig, in den nächsten Wochen und Monaten über Details zu sprechen. Wir müssen im Einzelnen darüber reden, wie die Entwicklungsmöglichkeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Landes wirklich optimal genutzt werden können, und zwar nicht nur mit allen Fraktionen hier im Hause, sondern gerade auch mit den Vertreterinnen und Vertretern unserer Beschäftigten. Nur dann erreichen wir eine wirklich befriedigende Arbeitsatmosphäre für viele in diesem Lande.

Und – das möchte ich zum Abschluss sagen – wir setzen damit auch die dringend notwendige finanzielle Sanierung dieses Landes gerade im Interesse der künftigen Generationen erfolgreich fort. Denn Generationengerechtigkeit und Haushaltspolitik sind die sozialen Schlüsselthemen der Gegenwart. Wir stellen uns diesen Herausforderungen, selbst wenn im Einzelfall schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen. Wir müssen aus diesem Grunde hier an dieser Stelle weitermachen.

Ich lade Sie ein, sich aktiv zu beteiligen, und fordere Sie auf, sich nicht in diese Ecke zu stellen: Wir sind gegen alles, nur weil diese Regierung es vorschlägt. – Machen Sie mit! Partizipieren Sie an diesem weiteren Diskussions- und Entscheidungsprozess und sorgen Sie dafür, dass wir gemeinsam auf der Basis dieses Gesetzentwurfs das Beste für unser Land erreichen!

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Jetzt hat noch einmal der Finanzminister ums Wort gebeten.

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Punkte aus Ihren Ausführungen, Herr Kollege Rudolph, möchte ich aufgreifen und versuchen, aus unserer Sicht darzustellen.

Erstens haben Sie gefragt, wie sich die Ausführungen des Kollegen Weisbrich, der von 34.000 Leuten, also 10 %, gesprochen hat, mit den 12.000 verträgt, von denen ich gesprochen habe. Der Kollege Weisbrich hat die Ergebnisse der Hartmann-Kommission, die Ihnen sicherlich geläufig sind, vorgetragen. Diese Kommission sagte damals: Ihr habt eine Fluktuation von 2 % pro Jahr; bei fünf Jahren einer Legislaturperiode sind das 10 %. 10 % von 340.000 Stellen sind 34.000. Das ist die natürliche Fluktuation.

Wir haben das insofern geändert, als wir nur von 1,5 % Fluktuation ausgegangen sind. Wir mussten nämlich den Hochschulbereich – dieser ist ja auch verselbstständigt worden – und weitere Bereiche herausnehmen. Dafür wurden wir von Ihnen zum Teil gescholten; Sie haben uns vorgeworfen, dass wir so kein Personal abbauen könnten. Sie wissen, dass wir die Bereiche Finanzen, Schule, Hochschule, Justiz und Polizei herausgenommen haben. Das sind rund 290.000 Stellen; also bleiben nicht mehr viele übrig. Das ist die Differenz, die es hier aufzuklären gilt.

Die 12.000 kw-Vermerke sind da, und ich sage Ihnen: Wir rechnen damit, dass wir im Laufe der nächsten Jahre weitere 3.000 bis 4.000 kw-Vermerke im Rahmen der Umorganisation der Landesverwaltung zusätzlich bekommen werden. Um diese Zahlen geht es; hier ist also relativ schnell Klarheit zu schaffen.

Ich will den zweiten Punkt gerne aufgreifen; dieser betrifft die Mitbestimmung. Wir ändern das Landespersonalvertretungsgesetz nicht wegen PEM, sondern weil wir auch in diesem Bereich schneller werden wollen. Darüber wird eine separate Diskussion geführt.

Ich habe hier vorgetragen: Die einzige Ausnahme, die wir machen, betrifft im Grunde genommen die Abordnung vom PEM an eine andere Behörde für die Dauer von drei bis zwölf Monaten. Falls Sie es nicht polemisch artikulieren wollen, werden Sie den Hintergrund dafür schnell nachvollziehen können: Wenn es Krankheitsfälle gibt – Dauerkranke – und schnell Leute abgeordnet werden

müssen, dann kann man nicht das langwierige Verfahren laufen lassen.

Von der Behörde selber bzw. vom Ressort ins PEM haben wir Mitwirkung vorgesehen. Dazu haben wir in der Verbändeanhörung fast keine kontroversen Aussagen seitens der Gewerkschaften gehört. Denn sie wissen genau – das wissen Sie ja auch –, dass vorher, nämlich bei den Fragen Sozialauswahl und Kriterien, wer überhaupt dafür zuständig ist, die Mitbestimmung selbstverständlich stattfindet. Und dann ist der zweite Akt, die Abordnung ins PEM, einer Mitwirkung unterzogen. Insofern glaube ich nicht, dass es diesbezüglich große Diskussionen geben wird.

Die Dauer von drei bis zwölf Monaten wird sicherlich zu Diskussionen führen; darüber muss man selbstverständlich auch reden. Der rot-rote Senat von Berlin hat es so gemacht, und wir haben uns erlaubt, das Gleiche hier vorzusehen.

Seitdem wir den Ressorts und den nachgeordneten Behörden Informationen zukommen lassen, hat sich die Diskussion über dieses Thema unglaublich beruhigt; das werden Sie selber festgestellt haben. Vor allen Dingen gilt dies, seit die fluktuationsbeschleunigenden Elemente bekannt sind. Denn dadurch wurde der Druck von den Jüngeren, die befürchteten, aufgrund der Sozialauswahl schneller ins PEM zu kommen, in weitem Maße genommen.

Es wird Ihnen also kaum gelingen, auf diesem Feld ein Thema aufzumachen, das Sie ja dringend suchen. Ich weiß, dass Sie händeringend dahinterher sind.

Ich glaube, dass diese Regierung diesen Gesetzentwurf so gut geplant hat, dass wir die jetzt stattfindende Anhörung sehr gut bewältigen werden. Sowohl die Ressorts als auch der Ministerpräsident – das sei auch noch einmal gesagt, Herr Rudolph –, also die gesamte Landesregierung, stellen sich ihrer Verantwortung. All die Maßnahmen, die wir bisher getroffen haben, dienen dem weiteren Wohlergehen Nordrhein-Westfalens, dem wir uns verpflichtet fühlen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, da die Landesregierung ihre Redezeit beachtlich überschritten hat, steht den Fraktionen weitere Redezeit zu. Möchte sich noch jemand äußern? – Bitte schön, Frau Abgeordnete Howe.

(Inge Howe [SPD] geht zum Rednerpult.)

Es ist ein weiter Weg.

(Inge Howe [SPD]: Ja, es ist ein weiter Weg! – Gisela Walsken [SPD]: Das Parlament ist groß, Herr Präsident! – Gegenruf von Dr. Jens Petersen [CDU]: Wir könnten es auf der linken Seite verkleinern!)

**Inge Howe**<sup>1)</sup> (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Ich habe eigentlich nur eine Frage an den Finanzminister. Herr Minister Linssen, Sie sagten eben, es sei alles so unkritisch, und die Szene habe sich beruhigt. Ich frage Sie daher: Warum erreichen den Petitionsausschuss so viele Eingaben, in denen sich Beschäftigte aus allen betroffenen Behörden gegen das PEM und gegen die Mitbestimmungsveränderungen wehren?

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Die Frage wollen wir beantwortet haben!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Finanzminister.

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Auch diese Frage beantworte ich sehr gerne. – Sie sollten auf die Daten der Eingaben schauen. Ich bleibe dabei, dass sich die ganze Diskussion unglaublich beruhigt hat, seitdem jeder das Gesetz lesen kann und weiß, was wirklich geplant ist. Es waren vorher sehr viele Gerüchte in Umlauf, die zum Teil von bestimmter Seite geschürt wurden.

Schauen Sie sich die Daten an. Gucken Sie sich an, was das PEM und was das LPVG betrifft! Ich bleibe bei der Meinung, die ich hier geäußert habe.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Dafür ernten Sie nicht einmal Applaus!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe damit die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 14/3975** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Unterausschuss „Personal“** des Haushalts- und Finanzausschusses, den **Innenausschuss** sowie den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Wer ist mit dieser Überweisung einverstanden? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

## 8 Eltern wollen mehr Gesamtschulen

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/4022

Für die antragstellende Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Beer das Wort.

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Welche Erkenntnisse können wir aus dem diesjährigen Anmeldeverfahren zu den weiterführenden Schulen in NRW gewinnen? Es gibt eine Abstimmung mit den Füßen zum Schulgesetz. Ich will dazu drei zentrale Punkte nennen.

Erstens. Die Hauptschule steht an vielen Standorten vor dem Aus. Eltern wollen für ihre Kinder die Schullaufbahn und die Chance auf einen möglichst hochwertigen Schulabschluss offenhalten, weil sie wissen, dass sich so die Zukunftschancen für ihre Kinder erhöhen.

Zweitens. Eltern misstrauen dem Turbo-Abitur mit der einseitigen Schulzeitverkürzung am Gymnasium und der gleichzeitigen Renaissance eines restaurativen bildungsbürgerlichen Bildungsbegriffs.

Drittens. Die Gesamtschule ist und bleibt eine überaus attraktive und beliebte Schulform in NRW. Die Politik der Nadelstiche der Landesregierung in den vergangenen Monaten hat nicht verfangen. Ich nenne nur: Schulleitungsentlastung, Übergangsempfehlung, bisherige Schlechterstellung bei den Vertretungsstellen im Landeshaushalt und das bewusste Schlechtreden der Leistungen der Gesamtschülerinnen und -schüler in den Probeklausuren durch die Regierungsfractionen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich nehme die Ministerin an dieser letzten Stelle ausdrücklich aus.

Die Anmeldungen zu den Gesamtschulen sind die Nagelprobe dafür, wie es bei den Regierungsfractionen wirklich um die Elternrechte steht und ob nur eine bestimmte Elternlobby mit ihren Interessen Gehör findet. Respektieren Sie die Elternentscheidung auch dann, wenn sie nicht ins ideologisch offenbar fest gezimmerte Weltbild passt, wenn Eltern deutlich machen, dass sie mehr Integration im Schulsystem wollen?

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)